LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/4374

A18

Gutachterliche Stellungnahme

für die

Gesellschaft für FORTSCHRITT in FREIHEIT e.V.

Die Freiheitliche Denkfabrik

Drucksache 18/2070 vom 14.12.23 Antrag

Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen als Rechtsverordnung

Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 31. Januar 2024 im Landtag NRW

Hier Vorspann zur gutachterlichen Stellungnahme im Sinne von Block 1 und Block 2

Vorgelegt von:

RA Thomas Mock
Clemens-August-Str. 6

53639 Königswinter, den 09.11.26

Vorspann zur gutachterlichen Stellungnahme vom 26.10.26

Block I: (13.30 bis 16.30 Uhr)

- Siedlungsraum und Freiraum (Kapitel 2)
- Tagebaufolgelandschaften (Kapitel 5)
- Siedlungsentwicklung, Bauleitplanung, besondere Standorte (Kapitel 6)
- Verkehr (Kapitel 8)

Mittagspause 16.30 bis 17.00 Uhr

Block II: (17.00 bis 20.00 Uhr)

- Naturschutz, Waldschutz, Hochwasserschutz, Landwirtschaft (Kapitel 7)
- Nichtenergetische Rohstoffe (Kapitel 9)
- FFPV (Kapitel 14)

Es wird zu allen Punkten auf das Inhaltsverzeichnis der vorgelegten Stellungnahme verwiesen. Nachfolgend eine knappe Einschätzung mit Verweis.

Vorbemerkung

Es sei vorweg darauf hingewiesen, dass der LEP wie aus der Zeit gefallen erscheint und keine Antworten für die aktuellen geopolitischen Krisen spiegelbildlich in NRW zur Verfügung stellt, als ehemals das Land mit der in der EU führenden energieintensiven Industrie. Es ist bemerkenswert dass die für NRW existentiellen Grundlagen zwar im LEP dargestellt werden müssen, aber weder dort noch in den Blöcken I und II ihren Niederschlag finden.

Grosstädte wie beispielhaft Bonn und mittlere Städte wie beispielhaft die ehemals reiche Stadt Bad Honnef werden inzwischen zwangsverwaltet. Die Finanzsituation im Land ist auf allen Ebenen so dramatisch, dass das im LEP Eingang finden muss.

NRW war in der EU einmal das Herz der energieintensiven Industrie. Davon ist bals nicht mehr viel übrig. Die Beschleunigung des Abstiegs des Landes begann mit dem vorgezogenen Kohleausstieg. Der schleichende Prozess einer Deindustrialisierung der energieintensiven Industrie macht aus folgenden Gründen beängstigende Fortschritte

- Vorgezogener Kohleausstieg

- Steigende CO2-Kosten
- Steigende Stromkosten
- Zunehmende Volatilität mit hohen Folgekosten für back-ups
- Abnehmende Versorgungssicherheit
- Steigende Klimagase durch Gaskraftwerke
- Gaskraftwerke (wasserstoffready) werden nie mit Wasserstoff betrieben, weil die Stromkosten dann noch höher sein werden, die niemand bezahlen kann, insb. nicht die im globalen Wettbewerb stehende Industrie

Block I

Siedlungsraum und Freiraum – angesichts der dramatischen Bodenversiegelungen ist Siedlungsraum wie bisher höchst sensibel zu planen.. Eine Verdichtung der Innenbereiche ist regelmäßig wenig genutzt, insb durch strukturelle Veränderungen der alten Wohnsubstanz, die häufig nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht, sowohl komfortseitig wie energetisch.

Bei den Tagebaufolgelandschaften ist zu differenzieren zwischen den 2030 natürlich „ausgekohlten“ Tagebau Inden und den Tagebaue Hambach und Garzweiler.

Der Inden-See ist eine natürliche Folge wie schon manche kleinen Tagebau zuvor., bzw der Rekultivierungen durch Verkippungen der Tagebau Fortuna, Bergheim usw

Deren Rekultivierung dürfte mustergültig sein und ein globales Vorbild, stattdessen wird es schlechtgeredet im Zuge des vorgezogenen Kohleausstiegs. Weltweit gibt es leider bis heute keine vergleichbare Rekultivierungen, was auch in der Verantwortung der aktuellen Regierung steht. Hier wäre mehr für das Klima und den Naturschutz zu erreichen, als ein vorgezogener Kohlausstieg.

In Hambach sind bisher etwa 1,3 Mrd Tonnen Kohle gefördert bzw geplant worden in Garzweiler ca 2,5 Mrd Tonnen.

Im Rheinischen Revier gibt es aber noch geologische Kohlevorräte von **ca 45 Mrd Tonnen** für ca 1000Mrd Euro Wertschöpfung

Vergleichbare Kohlereserven weltweit

USA	248 Mrd Tonnen
Russland	162 Mrd Tonnen
China	157 Mrd Tonnen

Australien 149 Mrd Tonnen

Indien 128 Mrd Tonnen

Angesichts der aktuell schlechtesten Energieversorgungslage in NRW seit dem 2. Weltkrieg ist einen Aussetzen des vorgezogenen Kohleausstiegs zwingend im Lichte der hinzukommenden immer schneller drehenden Verschuldungen von grossen Städten wie mittleren Städten und hinab zu Dörfern.

Mit einem Aussetzen der CO2-Kosten könnten zudem wieder mit Perspektive Industriebetriebe mit Stromkosten von ca 5 CentkWh kalkulieren und investieren. Nur durch möglichst subventionsfrei Investitionen kann Wachstum generiert erden, in NRW derzeit bitte nötig, nur durch Investitionen & %Wachstum kann Wertschöpfung erreicht werden und nur dann die sozialen Einrichtungen des Landes langfristig gesichert und finanziert werden.

Was war Grund und Grundlage des vorgezogenen Kohleausstiegs in NRW:



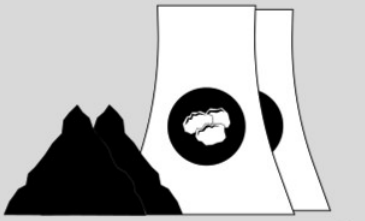
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

2022

Folgen
Der Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier wird auf 2030 vorgezogen und kommt damit acht Jahre schneller als bislang geplant. Zugleich bleiben angesichts der aktuellen Energiekrise zwei Kraftwerksblöcke der RWE, die Ende 2022 abgeschaltet werden sollten, bis zum 31. März 2024 am Netz, um die Energiesicherheit zu stärken. Darauf haben sich das BMWK, das Landeswirtschaftsministerium NRW und die RWE AG verständigt. Insgesamt sparen wir damit rund 280 Mio. Tonnen CO2 – ein guter Tag für den Klimaschutz. Alle Infos dazu hier

EIN MEILENSTEIN FÜR DEN KLIMASCHUTZ:

Wir ziehen den Kohleausstieg auf 2030 vor und stärken die Versorgungssicherheit.



MEHR INFOS

Zur Stärkung der Versorgungssicherheit in der Energiekrise nehmen wir kurzfristig mehr Braunkohle in den Strommarkt.

Gleichzeitig ziehen wir den Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier auf 2030 vor – acht Jahre schneller als geplant.

Mit diesem Gesamtpaket sparen wir rund 280 Millionen Tonnen CO_2



WAS HEIßT DAS KONKRET?

Die Vereinbarung sieht vor, dass die RWE Kohlekraftwerke Neurath F und G sowie Niederaußem K – mit insgesamt 3000 Megawatt – statt 2038 bereits Ende März 2030 vom Netz gehen.

Um die Energieversorgung zu sichern bleiben die Kraftwerksblöcke Neurath D und E über die vorgesehene Laufzeit bis Ende 2022 nun bis Ende März 2024 in Betrieb.

ZUKUNFTSSIGNALE

Mit dem beschleunigten Kohleausstieg 2030 wird der Zubau wasserstofffähiger Kraftwerke noch wichtiger. Seit der EEG-Novelle fördern wir sie gezielt; jetzt braucht es konkrete Investitionsentscheidungen in die Zukunft.

RWE will konkret 3 Gigawatt neue Kraftwerke wasserstoffready bauen und hat sich zum Ziel gesetzt, 1 Gigawatt Erneuerbare-Projekte bis 2030 in NRW zu realisieren, auf ehemaligen Tagebauflächen und in Kooperation mit lokalen Akteuren.

WAS HEIßT DAS FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN?

Sie können auf solidarische Unterstützung zählen. Wie beim Ausstiegpfad bis 2038 beschlossen, gilt weiterhin:
Niemand wird ins Bergfreie fallen, wir bieten den betroffenen Beschäftigten eine Perspektive – mit umfangreichen Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen.

WAS BEDEUTET DAS FÜR DIE UMSIEDLUNGEN VOR ORT?

Weil durch den vorgezogenen Ausstieg weniger Kohlemenge aus dem Garzweiler benötigt wird, kann im Tagebau Garzweiler der dritte Umsiedlungsabschnitt mit den Ortschaften Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Berverath inklusive der drei Holzweiler Höfe (Eggeratherhof, Roitzerhof und Weyerhof) erhalten bleiben. Dort finden ab sofort keine Umsiedlungen mehr statt – ein großer Fortschritt zu den bisherigen Plänen und Sicherheit für die Menschen, die dort wohnen.

Benötigt wird hingegen die Kohle unter der früheren, nicht mehr bewohnten Siedlung Lützerath im unmittelbaren Vorfeld des Tagebaus.

Alles diese behaupteten Annahmen haben sich nicht bewahrheitet

Die Versorgungsicherheit ist nicht gestärkt sondern in historischem Ausmaß geschwächt worden

Es werden auch keine 280Mio Tonnen CO2 gespart, weil die mit dem Strom produzierten Güter inzwischen im Ausland produziert werden und dort mindestens soviel CO2 emittieren wie hier angeblich gespart.

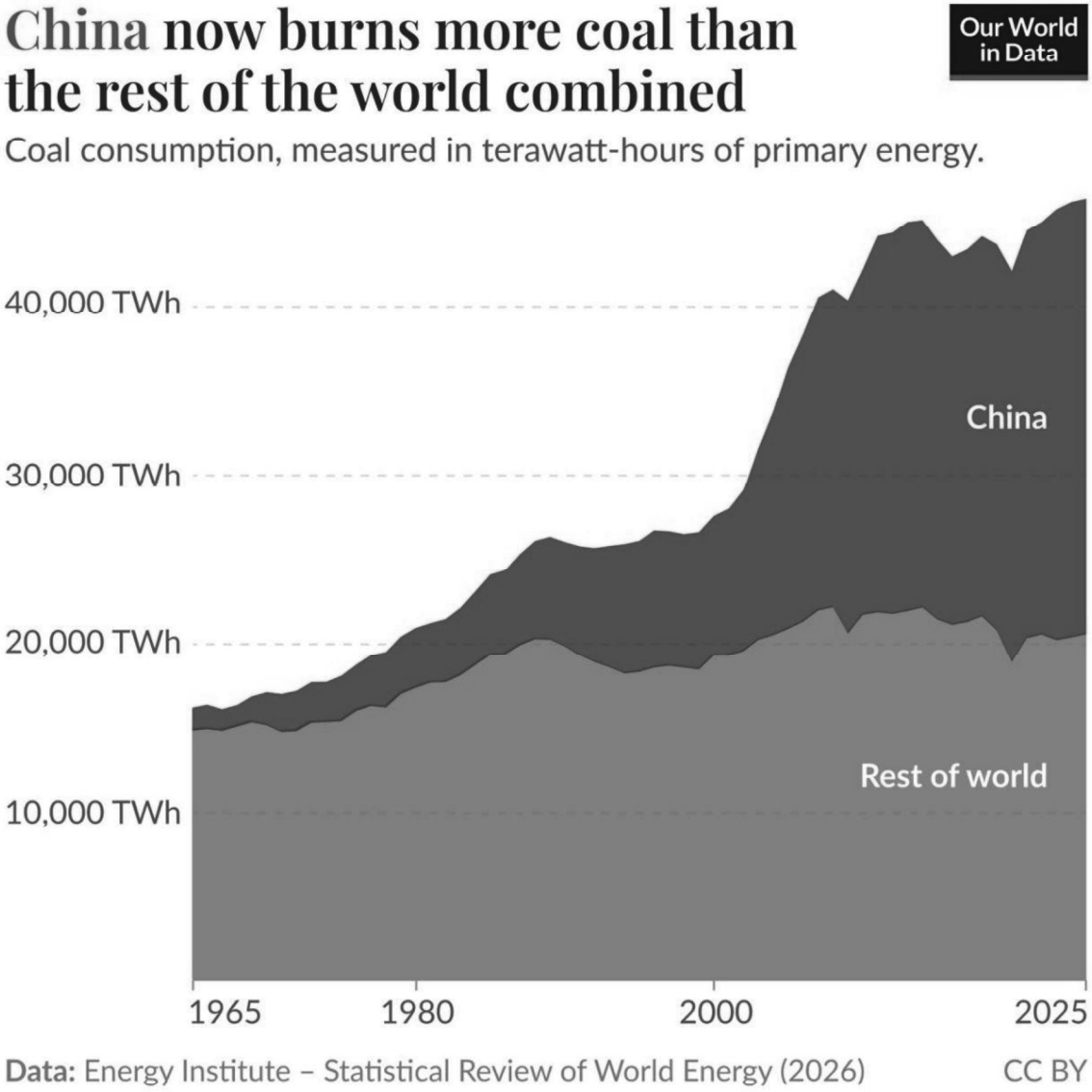
Hinzu kommen die neuen Gaskraftwerke auf Basis von LNG-Methan. Methan ist etwa 80x klimawirksamer als CO2. LNG-Methan hat zudem gem int Studien einen unvermeidlichen Transport-Schwund von ca 6%

Ab einem Methan.Schwund von etwa 3% ist Braunkohle in den BoA-Blöcken weniger klimaschädlich als Gaskraftwerke mit Methan befeuert. Außerdem werden wird durch Methanabhängigkeit von Importen erneut in erheblichem Umfang abhängig.

Nur die BoA-Blöcke sichern völlige Unabhängigkeit vom Ausland und Importen und unterstützen die Elektrifizierung der Gesellschaft als unentbehrliche Grundlast Gerade die Autonomie durch die heimische Braunkohle ist in den aktuellen geopolitischen Zeiten unabdingbar und schmälert auch nicht die Klimabemühungen.

Denn Windanlagen haben einen ähnlichen ökologischen „footprint“ Braunkohle:“Scope-3“

Demgegenüber die Fakten in China



Kölner Stadt-Anzeiger 07.11.26

Kohleausstieg 2030 – Ökonomen fürchten Stromknappheit in NRW

WA

Experten befürchten Stromknappheit in NRW – wie man sich auf einen Stromausfall vorbereitet

Stand:09.11.2026, 15:17 Uhr

Von: Marvin K. Hoffmann

https://www.wa.de/nordrhein-westfalen/stromknappheit-in-nrw-was-experten-warnen-was-zu-tun-ist-zr-94579596.html

Energieökonomen sehen Risiken für die Stromversorgung in NRW. Panik ist zwar nicht angebracht. Aber auf Stromausfälle sollte jeder vorbereitet sein.

Hamm – Nordrhein-Westfalen könnte nach Ansicht von Energieökonomen in den Wintern 2031 und 2032 Probleme mit der Stromversorgung bekommen. Voraussetzung ist, dass die geplanten Gaskraftwerke bis dahin nicht am Netz sind. Das Land will bereits bis 2030 aus der Braunkohle-Verstromung aussteigen. Der Zeitplan ist jedoch ins Wanken geraten, weil der Ausbau der als Ersatz vorgesehenen Gaskraftwerke stockt. Sie könnten erst rund zwei Jahre nach dem geplanten Kohle-Aus ans Netz gehen.

Jeder sollte auf Stromausfälle vorbereitet sein. (Symbolbild) © IMAGO / Bihlmayerfotografie
Manuel Frondel, Energieökonom am RWI – Leibniz-Institut in Essen, äußerte sich gegenüber dem WDR und dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ deutlich. „Der Ausstieg kann meines Erachtens nicht funktionieren, wenn wir nicht riskieren wollen, dass die Versorgungssicherheit leidet und die Strompreise weiter steigen“, sagte er. Frondel rechnet allerdings damit, dass der Beschluss zum vorgezogenen Kohleausstieg noch gekippt wird. Die Praxis werde dafür sorgen, dass die Kohlekraftwerke nicht 2030 abgeschaltet werden, denn niemand wolle Stromknappheiten und explodierende Strompreise riskieren.

Stromversorgung in NRW – Regierung gerät unter Druck

Auch der Bochumer Energieökonom Andreas Löschel, Berater von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU), ist skeptisch. Nach den Ausschreibungen für die Reserve-Gaskraftwerke müsse man genau hinschauen, wie die Versorgungssicherheit in den Wintern 2031 und 2032 aussehe. Der schwarz-grünen Landesregierung rät er, ihr Vorgehen zu überdenken. In der Politik ist das Thema bereits angekommen: SPD-Fraktionschef Jochen Ott spricht von einem „handfesten Problem für die Versorgungssicherheit“. FDP-Fraktionschef Henning Höne fordert „mehr Ehrlichkeit“ und befürchtet, die Landesregierung spiele auf Zeit, um den Ausstieg nicht vor der Landtagswahl im April kippen zu müssen.

Wichtig ist die Einordnung: Von plötzlichen, großflächigen Stromausfällen ist in den Warnungen der Experten nicht die Rede. Es geht um mögliche Engpässe in zwei Wintern in einigen Jahren, und zwar nur für den Fall, dass Ausstiegs- und Ausbauplan nicht zusammenpassen. Es bleibt Zeit, gegenzusteuern. Frondel hält es sogar für wahrscheinlich, dass die Kohlekraftwerke länger laufen als geplant. Ob und wie die Versorgung in den kritischen Wintern gesichert ist, soll sich nach den Ausschreibungen für die Reserve-Gaskraftwerke zeigen. Es besteht also kein Grund zur Panik.

Welche Lebensmittel sollte man im Notvorrat immer vorrätig haben?

Unabhängig von der energiepolitischen Debatte empfehlen Fachleute ohnehin, auf einen Stromausfall vorbereitet zu sein, etwa durch Unwetter oder technische Störungen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat dafür einen Ratgeber zum Thema Stromausfall veröffentlicht. Die erste Priorität sind funktionierende Licht- und Kommunikationsmittel. Dazu gehören LED-Taschenlampen, Stirnlampen sowie Kerzen samt Streichhölzern. Das BBK empfiehlt vor allem ein Kurbel- oder batteriebetriebenes Radio. Fallen Mobilfunk, Fernsehen und Internet länger aus, bleibt der Rundfunk die zuverlässigste Quelle für behördliche Durchsagen. Zusätzlich sollten geladene Powerbanks bereitliegen.

Drohen Engpässe in NRW? Experten mahnen zur Vorsorge

Für warme Mahlzeiten und Getränke leistet ein kleiner Campingkocher gute Dienste. Gaskocher und Holzkohlegrills dürfen wegen der akuten Erstickungs- und Kohlenmonoxid-Gefahr aber keinesfalls in geschlossenen Wohnräumen betrieben werden. Gegen Kälte bei ausgefallener Zentralheizung helfen warme Kleidung, Wolldecken und Schlafsäcke. Ebenso wichtig ist ein Vorrat für mindestens drei bis zehn Tage. Weil elektrische Pumpen bei einem flächendeckenden Blackout rasch ausfallen können, sollte man pro Person und Tag rund zwei Liter Trinkwasser einplanen. Geeignet sind lang haltbare Konserven, Nüsse oder Trockenfrüchte, die sich auch ohne Erhitzen essen lassen. Ein manueller Dosenöffner gehört dazu.

Oft unterschätzt wird die Bargeldreserve: Ohne Strom funktionieren weder Geldautomaten noch Kartenterminals an Supermarktkassen. Daher sollte immer eine ausreichende Summe in kleineren Scheinen und Münzen zu Hause liegen. Ergänzt wird die Notfallausstattung durch eine aufgefüllte Hausapotheke mit lebenswichtigen Dauermedikamenten sowie Hygieneartikel wie Feuchttücher und Desinfektionsmittel. Wer diese Grundausstattung einmal zusammenstellt, ist nicht nur für einen möglichen Engpass in den frühen 2030er-Jahren gerüstet, sondern für jeden Stromausfall, ob lokal oder großflächig. (maho/dpa)

Block II

Hochwasserschutz

Es wird vorangestellt, dass die Schäden des Hochwassers an der Erft nach wie vor nicht beseitigt sind und auch die Vorsorge vor ähnlichen Hochwasserschäden in der Zukunft nicht angemessen geregelt sind.

Beschleunigte Flächenverdichtung mit der steigenden Gefahr von örtlichem Hochwasser

Mit großer Beunruhigung wird die Flächenverdichtung durch Windanlagen und ihre Infrastruktur gesehen. Heutige Windanlagen mit inzwischen 7 MW und 250-285m Gesamthöhe benötigen eine hochverdichtete Fläche zur Errichtung von ca 1 ha auf landwirtschaftlichen Flächen und ca 2 ha in Waldgebieten. Hinzu kommen oft viele Kilometer hochverdichteter bis zu 12m breite Wege- und Transportstrukturen sowie ca 500 neue Umspannwerke in NRW und deren Infrastruktur. Diese Flächen müssen hoch verdichtet werden um den schweren Transporten stand zu halten. Einmal verdichtete Flächen sind für immer verdichtet. Zerstörte Kapillarstrukturen der Böden können nicht wieder zurückgeholt werden. Diese Verdichtungen auf viele qkm-Flächen haben Folgen für Hochwasser wie ein Gutachten am Beispiel des Windparks am Möhnesee bestätigt.

Hinzu kommen beim Flächenbedarf die hunderte Kilometer langen Hochspannungsleitungen und -trassen und die Erdkabeltrassen usw., beide mit erheblichen Eingriff in die Umwelt und Natur

Grund- und Trinkwasserschutz

Es kann nicht nur um Hochwasserschutz gehen, auch der Grund- und Trinkwasser ist in Zeiten zunehmen der Klimaerwärmung existenziell

Siehe beispielhaft und aktuell

> Grundwasser sinkt auf neue Rekordtiefstände:
> https://www.merkur.de/lokales/fuerstenfeldbruck/germering-ort28724/fuerstenfeldbruck-grundwasser-pegel-trocken-bach-see-rekord-tief-suedbayern-hitze-94580234.html

Der Hitzesommer 2026 wird in den nächsten Jahren seine Fortsetzungen erleben. Deshalb sind Wassergewinnungsgebiete wieder unter besonderen Schutz zu stellen. Ab sofort sind jegliche Baumaßnahmen im Wassergewinnungsgebieten auszusetzen Es ist inzwischen üblich geworden riesige Windanlagen mit ihren 600m2 Fundamenten in Wasserschutzgebiete zu genehmigen Angesichts der Hitzesommer und zunehmenden Trockenheit wie sinkenden Grundwasserspiegeln ist das der Bevölkerung nicht mehr zu vermitteln.

Denn die Zerstörung solcher Schutzgebiete durch die neuen Großanlagen sind aufgrund ihrer Dimension und den damit verbundenen Eingriffen nicht zu vermeiden. Jede solcher Windanlagen in einem solchen Wasserschutzgebiet pp heißt der Verlust eines solchen Gebietes.

Nichtenergetische Rohstoffe

Durch den vorgezogenen Kohleausstieg gehen mit den Tagebauen auch die wichtigsten Rohstoffe wie Kies, Sand und Gips usw. verloren.

Konsequenz des Kohlausstiegs sind eine notwendig neue Vielzahl kleiner Tagebaue für diese Rohstoffe.

Inzwischen wird der Schotter für Windanlageninfrastruktur zum Teil aus Norwegen importiert.

Naturschutz

NRW unternimmt keine erkennbaren Anstrengungen 30% der Landesflächen im Sinne der Verpflichtungen gegenüber IPBES unter Schutz zu stellen.

Stattdessen werden durch Wind&PV und die dafür umfangreiche Infrastruktur in beispiellosem Umfang Landschaften und Natur zerstört.

Siehe

Pressemitteilung des BMU vom 31.10.,26

Abschluss der 17. Weltnaturkonferenz: Ehrliche Bestandsaufnahme – aber noch viele Hausaufgaben für den internationalen Naturschutz

31.10.2026



Urheberinformationen zum Bild anzeigen

Die Weltnaturkonferenz in Eriwan erzielte Beschlüsse zu vielen wichtigen Themen wie der ersten globalen Überprüfung der Umsetzung des Biodiversitätsrahmens, der Finanzierung von Naturschutz und der Stärkung indigener Völker.

Bundesumweltminister Carsten Schneider: Wir stehen fest an der Seite der Natur

Nach zwei Wochen intensiver Verhandlungen ist die 17. Weltnaturkonferenz in Eriwan, Armenien am Morgen des 31. Oktober zu Ende gegangen. Die Weltnaturkonferenz erzielte Beschlüsse zu vielen wichtigen Themen wie der ersten globalen Überprüfung der Umsetzung des Biodiversitätsrahmens, der Finanzierung von Naturschutz, der Stärkung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften, dem Vorteilsausgleich aus der Nutzung genetischer Ressourcen und digitaler Sequenzinformationen, so wie der Verbindung von Biodiversität- und Klimaschutz.

Bundesumweltminister Carsten Schneider: "Die Weltnaturkonferenz in Eriwan hat eine ehrliche Bestandsaufnahme geliefert. Es stehen mehr Gebiete unter Schutz und zerstörte

Natur erholt sich an vielen Orten wieder. Zugleich gibt es noch sehr viel zu tun. Wir Europäer haben geschlossen und stark für die Natur verhandelt, aber es gab auch Bremser, die weniger Verantwortung übernehmen wollten, auch in finanziellen Fragen. Die Verhandlungen waren teils zäh, aber jede Mühe wert. Deutschland und viele weitere Partner weltweit stehen fest an der Seite der Natur. Denn wir können es uns nicht leisten, mit unseren Lebensgrundlagen achtlos umzugehen. Deutschland bleibt ein verlässlicher Partner und größter Geber beim internationalen Naturschutz. Wir werden unser Engagement für den Ausbau von Schutzgebieten an Land und auf See fortsetzen. Mit dem UN-Hochseeschutzabkommen werden sich in den nächsten Jahren große neue Chancen für mehr Naturschutz in den wertvollsten Gebieten unserer Ozeane ergeben. Aber auch in Deutschland werden wir planvoll die Wiederherstellung unserer Ökosysteme angehen. Das sind wir der Natur schuldig, aber das brauchen wir auch, um erfolgreich wirtschaften und gesund leben zu können."

Die erste globale Überprüfung des Globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montreal (GBF) hat gezeigt: Auch wenn seit 2022 sehr viel passiert ist, reichen die bisherigen Anstrengungen nicht aus, um den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2030 aufzuhalten und umzukehren. Nun braucht es weitere ganz konkrete Maßnahmen, damit der Schutz und die Wiederherstellung der Natur weltweit schneller und gerecht vorankommen. Weitere Beschlüsse umfassten Themen wie den Gender-Aktionsplan, dem Umgang mit invasiven Arten, dem Wissensmanagement und bei der Umsetzung des Nagoya-Protokolls über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die faire Aufteilung der Vorteile aus ihrer Nutzung sowie dem Cartagena Protokoll über die biologische Sicherheit. Die nächste Weltnaturkonferenz soll 2028 in Ecuador stattfinden.

Zentrale Ergebnisse der 17. Weltnaturkonferenz (COP17) im Überblick:

Erste globale Überprüfung der Umsetzung des Biodiversitätsrahmens

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich mit dem Globalen Biodiversitätsrahmen hohe und ehrgeizige Ziele gesetzt. Bei der COP17 stand nun erstmalig eine Bestandsaufnahme sowie Beschleunigung der Umsetzung an. Um bis 2030 auf Kurs zu kommen, muss die Weltgemeinschaft das Tempo deutlich erhöhen. Vom bei der COP17 verabschiedeten "Pfad von Eriwan" geht der Appell aus, die Umsetzung bis 2030 zu beschleunigen. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten Initiativen wie die Partnerschaft zur beschleunigten Umsetzung von Nationalen Biodiversitätsstrategien und Aktionsplänen (NBSAP Accelerator Partnership), die Deutschland gemeinsam mit Kolumbien vor vier Jahren bei COP15 ins Leben gerufen hat. Mittlerweile ist sie für 77 Mitgliederländer ein zentrales Unterstützungsinstrument für den globalen Naturschutz.

Mehr Geld für den weltweiten Naturschutz

Die Finanzierung des weltweiten Naturschutzes war in den Verhandlungen erneut ein umstrittenes Thema. Es konnte eine solide Basis dafür geschaffen werden, um bei der nächsten Weltnaturkonferenz weitergehende Beschlüsse zum dauerhaften finanziellen Mechanismus der CBD und eine zuverlässige und gestärkte Naturschutzfinanzierung getroffen werden. Bei der besonders schwierigen Frage, wie weitere Länder gewonnen werden können, um zur Unterstützung insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder

und der kleinen Inselstaaten beizutragen, konnte man sich immerhin auf einen konkreten Prozess bis COP18 verständigen.

Stärkung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften

Bei den Verhandlungen zu den Belangen indigener Völker und lokaler Gemeinschaften (IPLCs) stand im Mittelpunkt, ihre Rechte, ihr Wissen und ihre Rolle bei Entscheidungen und in der Umsetzung des Globalen Biodiversitätsrahmens stärker zu berücksichtigen. Als wichtige Akteure des Schutzes und der nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt sollen sie an Entscheidungsprozessen wirksam beteiligt und ihre Land- und Nutzungsrechte sowie ihre traditionellen Wissens- und Governance-Systeme anerkannt werden. Zentrales Ergebnis der Verhandlungen in diesem Bereich war die Operationalisierung des bereits bei COP16 beschlossenen neuen Nebenorgans zur Stärkung der Beteiligung von IPLCs in den Prozessen der CBD. Auch zukünftig sollen sie als Ko-Vorsitzende und im Beirat des neuen Nebenorgans vertreten sein, um ihr traditionelles Wissen nicht nur bei der Umsetzung des von der Globalen Umweltfazilität (GEF) verwalteten Fonds zur Umsetzung des Weltnaturabkommens (Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework, GBF), sondern auch in die Prozesse der CBD zu tragen. Daneben konnten Leitlinien beschlossen werden, um die nationale Anerkennung von indigenen und traditionellen Territorien (ITTs) zu stärken.